

Laibacher Zeitung.

Nr. 118.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Aufstellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 25. Mai

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesmal 30 fr.

1872.

Amthlicher Theil.

15. Bulletin.

Die Nacht war bei Ihrer k. Hoheit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Sophie unruhig, der Schwachzustand nicht gebessert, die übrigen Erscheinungen in gleichem Grade fortbestehend.

Wien, am 23. Mai 1872, halb 7 Uhr morgens.
Prof. v. Samberger m. p. Dr. Biella m. p.,
l. l. Hofarzt.

16. Bulletin.

Auch im Laufe des Tages ist im Zustande Ihrer k. Hoheit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Sophie eine wesentliche Veränderung in keinem Sinne eingetreten.

Wien, am 23. Mai 1872, 6 Uhr abends.
Prof. v. Samberger m. p. Dr. Biella m. p.,
l. l. Hofarzt.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben über Antrag des Ministers des kaiserlichen Hauses und des Aeußern mittelst Allerhöchster Entschliessung vom 14ten Mai d. J. den bisherigen Hofconceipisten beim k. ung. Ministerium am Allerhöchsten Hoflager Albert Sperjesy v. Szászváros et Toti, dann die Conceptisten Aspiranten Adolf Grafen Reuss und Ludwig Grafen Dunyady zu Gesandtschaftsattachés allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben über Antrag des Ministers des kaiserlichen Hauses und des Aeußern mit Allerhöchster Entschliessung vom 16. Mai d. J. den bisherigen zweiten Dolmetsch bei der Botschaft in Konstantinopel, Legationssekretär Gustav Ritter v. Rosjek zum ersten Dolmetsch und Honorar-Legationsrath, den dritten Dolmetsch, Legationssekretär Arthur v. Webenau zum zweiten Dolmetsch und den Dolmetsch-Attaché Alfred Vargher zum dritten Dolmetsch, dieselben unter gleichzeitiger taxfreier Verleihung des Titels eines Legationssekretärs allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat den k. l. Professor Dr. Theodor v. Oppolzer zum internationalen Kommissär bei der europäischen Gradmessung ernannt.

Der Handelsminister hat den k. l. Hauptmann des Geniestabes Franz Ritter v. Eisenbach zum Kommissär zweiter Klasse bei der k. l. Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Gegen die Feinde Oesterreichs.

Es ist leider eine nicht hinwegzuleugnende Thatsache, daß zwischen den freisinnigen Zeitungen Oesterreichs und mehreren national-liberalen publizistischen Organen Deutschlands ein andauernder heftiger Föderkrieg geführt wurde. Dieser Krieg fand wol beim Beginn des deutsch-französischen Krieges sein Ende, und wir müssen mit voller Genugthuung constatiren, daß noch vor kurzer Zeit eine für Oesterreich sympathische und verständnisvolle Beurtheilung der österreichischen Zustände in den norddeutschen Blättern wahrzunehmen war.

Die „Neue Freie Presse“ bemerkt aber in ihrer Ausgabe vom 22. d. daß dies freundliche und erfreuliche Verhältnis sich in jüngster Zeit geändert habe. Die „N. Fr. Pr.“ schreibt:

„Verdammungen der Verfassungspartei, Uebertreibungen und Verkehrtheiten in Beurtheilung der Regierungsthätigkeit, Verdrehung offenkundiger Thatsachen, Erfindung der ehelossten Motive für die Haltung der verfassungstreuen Journale sind seit einigen Wochen keine Seltenheiten mehr in einzelnen deutschen Blättern. Wir wissen recht wol, daß in den allerseltensten Fällen unedle Absichten der Redactionen diesen Unfug verschulden. Auch müssen die Angriffe, so viel Gewicht hier auf das Urtheil des Auslandes, namentlich Deutschlands gelegt wird, ohne Wirkung auf die Entwicklung der österreichischen Verhältnisse bleiben, da die Urtheile so schief, die Unwahrheiten so drastisch sind, daß sie in Oesterreich höchstens lächeln hervorrufen. Wenn wir trotzdem den Verirrungen einige Worte widmen, so geschieht dies

nur, weil der österreichischen Journalistik die patriotische Pflicht obliegt, ungerechte Beschuldigungen von ihrem Vaterlande abzuwehren.“

Die „N. Fr. Pr.“ kennt die Verleumder Oesterreichs nur zu gut; sie ertheilt denselben in eben dem Leitartikel die gebührende Lection.

Die „N. Fr. Pr.“ wendet sich gegen jene nach Oesterreich eingewanderten Korrespondenten norddeutscher Blätter, welche ihr Brot darin zu finden suchen, daß sie aus Oesterreich über Oesterreich schmähen, alle unsere Institutionen verkehren und bestrebt sind, die Verfassungspartei und das aus derselben hervorgegangene Ministerium zu verdächtigen. „Die Fragen, an welche die misgünstigen Urtheile anknüpfen“, schreibt die „N. Fr. Pr.“, „sind dieselben, welche in Deutschland auf der Tagesordnung stehen. Kaum drei Monate sind es her, daß die deutschen, namentlich die nationalen Blätter die Gefährlichkeit des galizischen Ausgleiches in den brennendsten Farben malten; heute haben sie nicht Spott genug darüber, daß das Ministerium Auerperg den Ausgleich immer noch nicht zustandegebracht hat. Im eigenen Hause würden sie jeden Ausgleich mit Polen, Dänen, Welsen und Ultramontanen als Verrath verdammen, und für sich selbst und für Bismarck haben sie kein Wort des Vorwurfs darüber, daß der Widerstand der reichseindlichen Elemente trotz allen „beugens“ noch nicht gebrochen ist, sogar sich mit gesteigertem Fanatismus regt. Ist es nicht schreiende Ungerechtigkeit, von dem durch hundert Systeme geschleiften Oesterreich zu verlangen, daß es im handumdrehen vollbringe, was das konsolidirte, einheitliche Preußen mit all' seinem Prestige und aller Energie seines hervorragenden Staatsmannes im Laufe von bald sechs Jahren nicht vollendet hat?! — — —“ In weiterer Vergleichung der Zustände Oesterreichs mit jenen in Deutschland schreibt das leitende Blatt: „Noch sind Regierung und Landtag in Preußen nicht fähig gewesen, ein nur halb liberales Schulgesetz zu schaffen, noch besteht die geistliche Schulaufsicht in Preußen ganz ausnahmslos. Oesterreich aber besitzt seit 1868 ein hochliberales Schulgesetz und die weltliche Schulaufsicht. Geziemt es sich da wol, auf unsere Legislative achselzuckend wie auf den Böllner herabzusehen?“

Reichsrath.

12. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 22. Mai.

Präsident Se. Durchlaucht Fürst Karl Auerperg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Minuten.

Auf der Ministerbank: Se. Durchlaucht Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auerperg, Ihre Excellenzen die Herren Minister Dr. v. Stremaier, Freiherr de Pretis, Ritter v. Schlumbeck, Dr. Unger, Oberst Horst.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Hierauf richtet der Präsident an die Mitglieder des h. Hauses nachstehende Ansprache:

„Hohe Versammlung! In der Zeit, als das hohe Herrenhaus nicht versammelt war, wurde die Verlobung Ihrer kais. Hoheit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Gisela mit Sr. kön. Hoheit dem Prinzen Leopold von Baiern vollzogen und allseitig als ein höchst erfreuliches Ereignis gefeiert.

Alles, was das Herz unseres allgeliebten Herrscherpaars berührt, findet einen warmen Nachhall in unserer unwandelbaren Anhänglichkeit.

Das hohe Herrenhaus wird diese Gelegenheit mit Vergnügen wahrnehmen, um die Gefühle aufrichtiger Ergebenheit und inniger Theilnahme zum Ausdruck zu bringen, und ich erbitte mir die Ermächtigung des hohen Hauses, die Gefühle der Loyalität, sowie die ehrerbietigsten Glückwünsche Ihren Majestäten unterbreiten zu dürfen, und bringe ein Hoch unseren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin und dem durchlauchtigsten Brautpaar. Hoch! Hoch! Hoch!“

(Die Versammlung stimmt begeistert in diese Hochrufe ein.)

Das neuernannte Mitglied des h. Hauses Graf Westphalen leistet die feierliche Angelobung.

Der Präsident widmet sodann den während der Zeit der Vertagung verstorbenen Mitgliedern: Vizepräsidenten Grafen Fankirchen, Freih. v. Doblhoff und Freih. v. Ruesseler Worte ehrender, warmer Theilnahme.

Se. Durchlaucht Herr Ministerpräsident: „Se. Majestät der Kaiser haben geruht, den Herrn Obersten Horst zum Minister für Landesverteidigung zu ernennen. Ich habe die Ehre, hiemit diesen Herrn in dieser seiner Eigenschaft dem h. Hause vorzustellen.“

Das Abgeordnetenhaus bringt eine Reihe dort gefaßter Beschlüsse zur Kenntnis des Hauses.

In einer Zuschrift ersucht das Ministerium des Innern um Vornahme der Wahlen in die Delegation.

In einer weiteren Zuschrift wird die Ernennung des Grafen Trauttmansdorff zum Vizepräsidenten des h. Hauses bekannt gegeben.

Unter den eingebrachten Petitionen erwähnen wir zweier für den Bau der lacker Bahn, überreicht vom Grafen Goß, und jener der Handelskammer von Villach für die Inangriffnahme der Predil-Bahn, überreicht vom Baron Ritter; ferner mehrere Petitionen, um Aufhebung des Legalisirungszwanges eingebracht.

Es wird hierauf zur Tagesordnung übergegangen, und gelangt das Gesetz betreffend die Geltendmachung von Ansprüchen im Wechselprozeß auf Grund von Wechselklärungen, welche von Bevollmächtigten abgegeben sind, in erster Lesung an die juristische Kommission.

Die Gesetze, betreffend die Gehalte der Professoren an den vom Staate erhaltenen Hebammenschulen; dann betreffend die Entlastung einiger zur Veräußerung bestimmter Objecte des unbeweglichen Staatseigentums durch Uebertragung der darauf haftenden Pfandrechte auf andere Objecte; endlich betreffend die Eröffnung von Nachtragskrediten für das Jahr 1871 werden in zweiter und dritter Lesung ohne Debatte genehmigt.

Sodann folgen Referate der Petitionskommission, worauf um 1 Uhr Schluß der Sitzung erfolgt.

(Nächste Sitzung unbestimmt.)

25. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 22. Mai.

Präsident R. v. Hopfen eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Min.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Dr. Glaser und Dr. Vanhans.

Im Laufe der Sitzung waren noch erschienen: Se. Durchlaucht Ministerpräsident Fürst Adolf Auerperg, Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr v. Lasser, Dr. Stremaier, Dr. Unger, Ritter v. Schlumbeck, Freih. de Pretis, Oberst Horst.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Unter dem Einlaufe befinden sich ein Gesetzentwurf enthaltend einige Aenderungen der auf die Notariatsakte bezüglichen Gebührenvorschriften und eine Vorlage betreffend das Gesetz, womit polizeistrafrechtliche Bestimmungen wider Arbeitscheu und Landstreicher erlassen werden.

Der Präsident macht hierauf folgende Mittheilung, anlässlich welcher sich das Haus erhebt: „Ihre Majestät die Kaiserin geruhten Sonntag, am 19. d. M., das Präsidium des Hauses in besonderer Audienz zu empfangen und dessen Glückwünsche aus Anlaß der Verlobungsfeier der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Gisela huldreich entgegenzunehmen. Allerhöchstselben beauftragten das Präsidium, dem h. Abgeordnetenhaus aus Anlaß dessen den besonderen Dank auszusprechen, was ich hiemit zu thun mich beehre.“

Das neu eingetretene Mitglied Dr. Wiener leistet die Angelobung.

An Se. Excellenz den Herrn Minister des Innern ist eine Zuschrift eingelangt, in welcher um Wahl der Delegirten und deren Ersatzmänner ersucht wird.

Die eingelaufenen zahlreichen Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend die Bildung von Geschworenlisten.

Ueber Antrag des Abg. Dr. v. Berger wird diese Regierungsvorlage dem Ausschusse für die Strafprozeßordnung zugewiesen.

Die Regierungsvorlage betreffend die Bewilligung eines Lotterieleihens für die Stadt Krakau gelangt an den Finanzausschuß. Sodann schreitet das Haus zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfes betreffend die Strafprozeßordnung.

In der Generaldebatte nimmt Abg. Dr. Delz das Wort.

Redner verkennt nicht den hohen Werth der Theilnahme des Volkes an der Rechtsprechung. In einem Lande alt geworden, das an die Schweiz und die Südstaaten Deutschlands grenzt, versichert er, die Segnungen der Jury in den mannigfachen Beziehungen werthschätzen gelernt zu haben; dessenungeachtet aber müsse er Besorgnis hegen, ob in der Art der Durchführung des Schwurgerichtsverfahrens durch die gegenwärtige Strafprozessordnung nicht eine Verrückung oder Verkennung des anzustrebenden Zieles gelegen sei.

Da sei vorerst zu bedauern, daß die Einführung der Kriminaljury nicht jene der Ziviljury vorangegangen ist; ferner erscheine es bedenklich, daß insbesondere bei politischen Delikten nicht ausnahmslos an dem reinen Anklageprinzip festgehalten wurde, weil ja gerade in politischen Straffällen, zumal wenn dieselben durch die Presse begangen werden, die Regierung nicht sorgsam genug dem Verdachte individueller Parteinigungen begegnen können.

Redner erachtet, daß in dem Rechtsinstitute der Schöffengerichte eine gewisse Bürgschaft für eine über jeglichen Verdacht erhabene Judicatur ruhe, und zwar deshalb, weil durch die enge und unmittelbare Verbindung des richterlichen und Laienelementes nach beiden Seiten hin ein heilsames Correctiv gelegen sei, ganz besonders geeignet, die Achtung vor der Volksjustiz zu erhöhen und zu befestigen.

Sein Antrag geht daher dahin, es möge der vorliegende Entwurf einer Strafprozessordnung von der Tagesordnung abgesetzt und dem Ausschusse zum Zwecke der Uebersetzung auf Grundlage der Schöffengerichtstheorie zugewiesen werden. (Der Antrag wird nur durch vier (tiroler) Abgeordnete unterstützt.)

Es sprechen noch die Abg. Watzka, Dr. v. Berger, Dr. Rechbauer und Weeber.

Se. Exz. Herr Justizminister Dr. Glaser widerlegt in längerer Rede die Anschauungen des Abg. Dr. Delz. Wir wollen aus dieser Rede die bedeutendsten Stellen reproduzieren: „Der Antrag des Herrn Abgeordneten Delz ist vom h. Hause befeitigt.“

Der Herr Abgeordnete hat uns in seiner Rede verschiedentlich nach England geführt und von den verschiedensten Seiten das vortreffliche der Achtung vor Gesetz und Gericht gezeigt, welche in England gepflanzt wird. Ich kann dem geehrten Herrn Abgeordneten die Versicherung geben, daß die Achtung vor Gesetz und Gericht nicht bloß auf dem Wege von Institutionen herbeigeführt wird, namentlich nicht durch die nicht einmal durch das Gesetz begründete, sondern bloß thatsächlich bestehende Öffentlichkeit der Voruntersuchung.

Meine Herren! In dieser Sache muß das Volk auch etwas dazuthun, und ich nehme „Volk“ im weitesten Sinne.

In England würde man es sich in und außer dem Parlament wol überlegen, ehe man Beschuldigungen der schwersten Art, Beschuldigungen eines bodenlosen Servilismus gegen die Träger und Wähler des öffentlichen Rechtszustandes, gegen die Richter erheben würde. Eine Beschuldigung, wie sie heute vorgekommen ist, würde dort nicht ohne Bedenken ausgesprochen worden. Die Beschuldigung geht dahin, daß Richter über Gegenstände, die ihrer unabhängigen Entscheidung anheimfallen, sich vom Justizminister Weisungen erbitten.

Der Herr Abgeordnete hat mir zwar die Ehre angethan, von mir zu hoffen, daß ich solche Weisungen nicht ertheilen werde. Ich kann ihm die Versicherung geben, daß bisher solche Anfragen an mich nicht gelangt sind, und ich habe die zuversichtliche Hoffnung, daß sie an mich auch nicht gelangen werden. (Bravo! Bravo! links.) Ich habe schon früher die Ehre gehabt zu bemerken, daß ich den Vorwurf eines Widerspruchs zwischen meiner Theorie und Praxis als einen in den Thatfachen grundlosen erklären muß und daß ich diesen Vorwurf sehr ernst nehme. Es ist selbstverständlich Ehrensache eines jeden Mannes, bei seinen Ueberzeugungen zu bleiben. Bei wem ein Ministerportefeuille einen Wechsel in dieser Richtung herbeiführen würde, den würde ich als ehrlos ansehen.

Ob ich bisher so gehandelt habe, ob ich in Zukunft so handeln werde, darüber wird einst zu Gericht geessen werden von dem, der dazu berufen ist. Der Vorwurf aber, wie er heute formuliert ist, muß sich doch an allerhand Dinge anhalten, und nur darum spreche ich einen Augenblick davon, weil sich hier der geehrte Herr Abgeordnete aus Vorarlberg in einer so markierten Speziallage befindet, daß ich es nicht unterlassen kann, es zu berühren, eben weil sie auf seine Leichtigkeit denjenigen gegenüber, deren Thun ihm im übrigen nicht gefällt, ein eigenthümliches Schlaglicht wirft. Meine Herren! Was ist meine Praxis in Sachen der Jury? Denn daß ich in der Theorie immer ihr Verteidiger gewesen bin, ist bekannt. Meine Praxis aber ist die Vorlage dieses Gesetzes, ist die Behebung, so weit es an mir lag, des von dem geehrten Herrn Vorredner gerügten Uebelstandes, daß die Jury auf Pressachen beschränkt ist. Er kann also, wenn er meine Praxis im Auge hat, wahrlich nur auf die hier schon einmal zur Erörterung gelangte Angelegenheit, die Frage der Delegation der Schwurgerichte, anspielen. Darauf zielt wol auch seine Bemerkung über die Zweifel hinsichtlich meiner Intentionen ab. Meine Herren! Meine Intentionen mögen andere beurtheilen und bezweifeln; daß Ueberein-

stimmen meiner Theorie und Praxis in diesem Punkte dürfen andere bestreiten, weil am Ende eine Behauptung aufzustellen über Dinge, um die man sich nicht bekümmert hat, für eine so lässliche Sünde bei uns gilt, daß sich deren auch solche schuldig machen, die bloß den gedruckten Parlamentsbericht in die Hand zu nehmen brauchen, um in demselben die Antwort zu finden.

Wenn man aber zugegen gewesen, wenn man mitwirkendes Mitglied des Ausschusses war, in welchem jemand, der damals nicht Minister war, eine bestimmte Ansicht vertritt, und wenn man hinderein, wie der Mann Minister geworden ist, daraus, daß er als Minister dieselbe Ansicht praktiziert, die er als Abgeordneter und Mitglied der Opposition im Ausschusse vertreten hat, wenn man daraus und wol nur daraus das Recht ableitet, dem Manne einen ehrenrührigen Vorwurf eines Widerspruchs zwischen Theorie und Praxis entgegenzuschleudern, dann hat man wol das Recht zu sagen: ex uno disce omnes. Und weil mir daran liegt, von denen, als deren parlamentarischer Anwalt ich hier stehe, jenen Vorwurf, abzuwenden, nur darum habe ich es mit meiner Würde vereinbar gefunden, den Vorwurf selbst hier zur Sprache zu bringen. (Beifall links.) Im übrigen ist es wirklich schwierig, diesen Herren es recht zu machen. Wie die Regierung es anfängt, wie sie auf dem Boden der Gesetzgebung vorgeht, was wir thun, es ist alles nicht recht; was andere thun, ist vortrefflich. Der geehrte Herr Abgeordnete aus Vorarlberg schaut sich ringsum an den Ufern des Bodensees um; dort findet er überall eine volksthümliche Gerichtspflege, das Geschwornengericht, mit dem er sehr unzufrieden ist; eine Ziviljury gibt es bekanntlich dort nirgends. (Heiterkeit.) Aber wenn wir in Oesterreich die Jury in Strafsachen einführen, ohne mit der Ziviljury begonnen zu haben, dann geschieht natürlich das verderblichste. Es kommt aber daher, sagt der geehrte Abgeordnete, daß die Regierungen, und auch die jetzige unglückselige, die Dinge immer von hinten angreift. Das muß man sich denn doch klar machen. Wenn man einen Wagen zurückziehen will, so muß man allerdings von vorne ansetzen. (Bravo! links.) Weil ich aber denselben nicht zurückziehen wollte, habe ich ihn von hinten angegriffen. (Beifall und Heiterkeit links.)

Ebenso ist es mit der Erhaltung des Friedens. Jede Regierung ist der natürliche conservator pacis. Niemand ruft so laut, so beharrlich um Frieden als jener, der verpflichtet ist für die Erhaltung des öffentlichen Friedens zu sorgen. Niemand ist so bereit, Frieden zu halten. Meine Herren, einen jeden in Frieden lassen darf die Regierung allerdings nicht. Wir sind schon genöthigt, hier eine kleine Ausnahme zu machen; den Friedensstörer in Frieden lassen, heißt nicht den Frieden erhalten. (Beifall. Rufe: Sehr gut! links.) Nun hat man vielfach sonderbare Vorstellungen. Eine volksthümliche und unabhängige Justiz nennt man eine solche, die freispricht diejenigen, die wir freigesprochen wissen wollen, und die jene verurtheilt, die wir verurtheilt haben wollen. (Rufe links: sehr gut.) Achtung vor dem Gesetze! O, gewiß ist man dazu bereit, wenn die Gesetze nur erst so abgeändert werden, daß sie einen Tenor haben, der uns gefällt. (Rufe links: Sehr gut! Bravo!) Um diesen Preis, meine Herren, können wir Frieden, um diesen Preis können wir uns Achtung vor dem Gesetze nicht schaffen; nöthigenfalls müssen wir schon zu anderen, etwas unangenehmeren Mitteln greifen, und das sind eben die Mittel, die, wie ich zu sagen wage, in gemäßigter Temperirung von Milde und Strenge der vorgelegte Entwurf der Strafprozessordnung zur Verfügung stellt.

Ich will nur noch auf eines kommen, nämlich auf ein Wort, das zuletzt hinweggeworfen wurde, das Wort des Schöffengerichtes.

Wer die Zustände auf dem Gebiete der Gesetzgebung mit Aufmerksamkeit verfolgt, der weiß freilich, daß am Firmamente der Gesetzgebung eine Wolke aufzieht, die der Jury ernste Gefahren droht, und diese Wolke ist meines Erachtens das Trugbild des sogen. Schöffengerichtes (Bravo! ganz richtig! links), des Schöffengerichtes, von dem auch schon der geehrte Herr Vorredner, indem er der Gesellschaft einige Gewalt anthat, behauptet, es habe seit Jahrhunderten bestanden, während dieses Schöffengericht eine Erfindung des Herrn Generalstaatsanwaltes Schwarze ist und etwa seit dem Jahre 1864 auf dem Papiere und seit 2 Jahren etwa länger existirt, nämlich in der Form, in der es bestimmt ist, das Geschwornengericht zu ersetzen. Ja, meine Herren, wenn ich danach suchte, nach den Worten des geehrten Herrn Vorredners mich mit meiner früheren Theorie auf dem Wege der Praxis in Widerspruch zu setzen, so hätte ich zwei vortreffliche Anleitungen hiezu heute erhalten. Ich brauchte nur die Theorie vom Vorgehen der Ziviljury vor der Strafsjury auf der einen Seite aufzustellen und brauchte nur, was, wie ich fürchte anderwärts geschehen wird, zu einem Anhänger der neu entdeckten Schöffengerichte zu werden. Das wäre freilich im Widerspruch mit meiner Theorie, und niemand könnte mich doch beschuldigen, daß ich direkt den Geschwornengerichten entgegengetrete. Diese beiden Mittel wären, ein jedes für sich, ein Gift, stark genug, um auf lange Zeit hinaus das Schwurgericht unmöglich zu machen.

In einer Beziehung habe ich dem geehrten Herrn

Vorredner jedenfalls zu danken; er hat mir die Möglichkeit geschaffen, bei der im übrigen dem Entwurfe in seiner Hauptsache günstigen Stimmung des hohen Hauses schicklicher Weise doch am Schlusse der Generaldebatte ein Wort im großen und ganzen für diesen Entwurf an das hohe Haus richten zu dürfen. Ich erlaube mir also, den Entwurf in seiner Totalität dem h. Hause dringend und wärmstens zu empfehlen.

Die Strafprozessordnung ist eine wahre Schuld der parlamentarischen Gesetzgebung an die Bevölkerung. Als sie ins Leben trat, war die erste Erwartung in Bezug auf die Leistungen der Gesetzgebung gerichtet auf die Strafprozessordnung, auf diese Rückkehr zu dem wichtigsten und werthvollsten Bestandtheile der schwer vermischten Gesetzgebung vom Jahre 1851. Keineswegs eines Einzelnen Schuld, sondern die Schuld der Ereignisse ist es, daß noch nicht abgetragen ist, was schon so lange das Volk von uns zu fordern hat. Ich hoffe, das hohe Haus wird mit dazu beitragen, daß die Schuld nicht länger in unserem Schuldbuche verzeichnet sei, daß sie baldigst getilgt werde.

Wenn wir das thun, so gründen wir in der That ein wahrhaft volksthümliches Verfahren und insbesondere wird es das heute so vielbesprochene Institut des Geschwornengerichtes sein, was wir festigen, eines Institutes, in welchem ich wirklich ein werthvolles Geschenk für die Bevölkerung sehe, ein Geschenk, an dessen Erhaltung die öffentliche Ordnung und der volksthümliche Sinn gleichmäßigen Werth haben. Wir werden insbesondere erreichen, daß die Jury aus jener exponirten Stellung herauskomme, in welcher sie jetzt kümmerlich besteht, denn die Jury, auf Pressachen beschränkt, und für längere Zeit beschränkt, ist in der That ein Baum, der auf einer samer Höhe der heißen Sonne und den Stürmen ausgelegt ist. In der Hitze des Tages muß er vertrocknen, der erste Sturm politischer Leidenschaft wird ihn sicher knicken.

Meine Herren! Umgeben Sie diese einsame Pressjury mit den Bäumen des Waldes, mit der Jury für alle schweren Verbrechen und für politische Verbrechen, unterlassen Sie nicht Vorsichtsmaßregeln, die allerdings wegen der Schlimmheit der Zeiten und wegen mancher dessen, was früher verfehlt wurde, nöthig geworden sind und Sie werden dem Volke mit Recht ein theueres Angebinde für die Dauer erhalten und erhalten gegenüber den Angriffen, wie wir sie heute von ferne haben erleben hören und wie wir sie noch von mancher Seite her zu vernehmen haben werden. Aus diesen Gründen erlaube ich mir noch einmal in seiner Totalität diesen Entwurf dem h. Hause zu empfehlen. (Allgemeiner, anhaltender lebhafter Beifall im ganzen Hause.)

Präsident: Ich glaube, daß es zweckmäßig sein wird, heute nicht in die Spezialberatung einzugehen, damit dem Ausschusse die Möglichkeit gegeben ist, über die gestellten Anträge zu beschließen, um bereits in der Spezialdebatte dem hohen Hause Mittheilung seiner Beschlüsse machen zu können. Ich glaube demnach die heutige Sitzung schließen zu sollen, und der Strafprozeß-Ausschuß hätte sich zu einer Sitzung für morgen vormittags zehn Uhr zu versammeln. Zweckmäßig wäre es auch sein, die Antragsteller zu dieser Ausschusssitzung einzuladen, damit sie ihre Anträge begründen können.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen. Nächste Sitzung Freitag, den 24. Mai.

Politische Uebersicht.

Laibach, 24. Mai.

Die Haltung des Ministeriums in der galizischen Frage wird dem „Pester Lloyd“ unterm 21. d. M. an leitender Stelle erörtert; das Blatt bemerkt über die angeblich bestehende Absicht, das Elaborat des Verfassungsausschusses früher den galizischen Landtag passieren zu lassen, folgendes: „Das eine wird man jedenfalls dem Ministerium zugestehen müssen, es habe doch ein Recht zu wissen, ob das Ziel, daß es sich in der Thronrede gesteckt hat, wirklich erreicht werden kann. Wie es sich aber diese Gewißheit besser verschaffen soll als durch ein Votum des galizischen Landtages, das doch allermindestens das Prinzip des Verzichtes oder Nichtverzichtes auf die Resolution enthalten muß, ist schwer abzusehen. Wollen die Polen nicht, so ist doch selbstverständlich alles zu Ende. Und in einer Weise zu Ende, scheint es uns, welche die Verantwortlichkeit endlich dorthin wälzt, wohin sie wirklich gehört, in den Schoß des galizischen Landtages. Die Polen wenigstens werden nicht länger über Bergewältigung und willkürliche Bedrückung klagen können und jedenfalls ist dann der Schluß eben so billig als statthaft, daß ihre gegenwärtige Lage doch keineswegs eine unerträgliche sein kann, wenn sie freiwillig den Chancen einer Aenderung eines namentlich in administrativen Dingen sehr ansehnlichen Rechtsverlustes vorziehen.“

Die czechischen Journale sind nicht wenig erbozt über eine Kritik der czechischen Opposition in der russischen „Rovozje Vremja“, in der es unter anderem heißt: „Die Opposition der Czechen charakterisirt sich nicht bloß durch nationale Extremität, sondern auch durch mittelalterliche Ideale. Die jetzt spielte die katholisch-slawische Partei die erste Rolle in der czechischen Bewegung. Dieser Beigeschmack bringt die Czechen um die Hälfte der

Popularität, die sie sonst in den Augen der russischen Intelligenz genießen könnten. Ihre nationale Sache würde nichts verlieren, sondern im Gegenteil viel gewinnen, wenn sie nicht jenen unveränderlichen Dünkel damit verflechten würden, der bei den Westslaven sich überhaupt bemerklich macht. Namentlich den Tschechen wird zur Schuld gelegt, daß sie sich allzuviel auf ihre Nationalität zugute thun und gerne die erste Rolle unter den Slaven spielen würden."

Am 22. d. haben die Wahlen für den kroatischen Landtag in Karlstadt begonnen. Auf Anregung des Obergepans Horvath ist eine neue Partei in Kroatien in Bildung begriffen, welche die Revision des Ausgleichs erstrebt. Zivkovic organisiert die Partei im agrarischen Komitee und verspricht sich großen Anhang.

In der Sitzung des deutschen Reichstages vom 22. d. führte eine Petition betreffs der rumänischen Judenverfolgungen zu einer längeren Debatte. Der Bundes-Kommissar erklärte sich mit den gestellten Anträgen zwar einverstanden, hob jedoch hervor, daß die Reichsregierung dieselben so auffasse, daß die Regierung nicht in eine Action gedrängt werden solle, welche ihrer Nichtintervention-Politik widerspreche, und betonte ferner, daß Rußland die bezüglichen Schritte der anderen Mächte zu gunsten der Juden mündlich unterstützt, wenn auch nicht formell den Collectiv-Noten sich angeschlossen habe. Der Reichstag nahm hierauf den Antrag Bambergers an, wonach dem Reichskanzler für seine Schritte zu gunsten der Juden die Anerkennung ausgesprochen, zugleich aber an denselben die Aufforderung gerichtet wird, alles geeignete zu thun, um weiteren Ausbreitungen gegen die Juden vorzubeugen. — In Abgeordnetenkreisen wird es für höchst unwahrscheinlich gehalten, daß noch in der gegenwärtigen Session eine Gesetzesvorlage zur Ausführung des neuen Reichstagsbeschlusses in betreff des Jesuiten-Ordens erfolgt. — Das Amt des Aeußern erließ an alle Kabinete die Aufforderung zu Konferenzen über die soziale Frage, beziehungsweise die Internationale.

Seit der Zurückweisung des Kardinals Fürsten Hohenlohe seitens des Papstes ist in der römischen Botenschafts-Angelegenheit deutscherseits bisher nichts weiter geschehen, als daß Herr v. Derenthal, der deutsche Geschäftsträger in Rom, den Auftrag erhielt, dem Kardinal Antonelli mitzuteilen, wie nunmehr die Befestigung des Postens sich verzögern könne, da die Aufhebung einer andern, dem Kaiser geeignet scheinenden Persönlichkeit sehr schwierig wäre. Wie die „Post" telegraphisch aus Rom erfährt, soll ein Vertrauensmann des Papstes in geheimer Mission auf dem Wege nach Deutschland sein.

In Spanien stellt sich allmählig die Ruhe ein. Nach dem „Journal des Debats", wäre jetzt selbst in Biscaya, der letzten Zufluchtsstätte der Carlisen, der Zustand niedergegeschlagen.

Ein Telegramm meldet aus Konstantinopel: Der Vizekönig von Egypten wird in wenigen Tagen am Hofe des Sultans erscheinen, sich als Vasall präsentiren und damit darthun, daß er die gegenwärtige Zeit zur Verwirklichung seiner Unabhängigkeitspläne nicht für geeignet hält.

Der in Washington für auswärtige Angelegenheiten bestehende Senatsausschuß hat sich in seinem Berichte für die Ratifizierung des von England vorgeschlagenen Supplementar-Vertrages ausgesprochen. — Greeley zeigt in einem Schreiben an, daß er die Präsidentschafts-Kandidatur annehme; er erklärt, er werde, falls er gewählt würde, nicht Präsident einer Partei, sondern des ganzen Volkes sein. Die Zeit sei nun gekommen, wo der Norden und Süden über dem blutigen Goff, welcher sie allzu lange trennte, sich sehnlichst die Hände zu reichen wünschen.

Der chinesische Kaiser schickte eine glänzende Gesandtschaft nach Rußland, bestehend aus dem Hauptgesandten Djan Dzun Zun, einigen Generalen und Oberoffizieren, im ganzen bei 70 Personen. Die Gesandtschaft ist bereits in Sergiopol angelangt.

Tagesneuigkeiten.

— (Reisestipendien.) Die vom k. k. Ackerbauministerium unterm 14. März d. J. ausgeschriebenen Reisestipendien von je 800 fl. zum eingehenden Studium des Gemüsebaues, resp. des landwirtschaftlichen Gartenbaues und der Samenzucht im Auslande sind dem absolvierten hohenheimer Studirenden Karl Wilhelm aus Wien und dem fürstlich Pichtenstein'schen Gärtner Theodor Zellmann aus Steiermark verliehen worden. — Weiters hat das k. k. Ackerbauministerium zum Studium der ausländischen Samenzucht und der Parfümerie-Erzeugung im südlichen Frankreich und Italien dem Gutsbesitzer Josef von Eusan in Chersano einen Reisebeitrag von 600 fl., sowie dem supplirenden Lehrer an der Lehrerbildungsanstalt in Borgo-Erizzo bei Zara, Josef Prugovecky, einen Beitrag von 400 fl. zum Studium der ausländischen Samenzucht bewilligt.

— (Die Organisation der akademischen Behörden) ist, wie die „Corr. Schweizer" erfährt, Gegenstand eines Gesetzentwurfes, welcher demnächst im Abgeordnetenhaus eingebracht werden soll, sobald die Allerhöchste Ermächtigung dazu erteilt sein wird.

— (Genossenschaftliches.) Die Versammlung von Abgeordneten der steiermärkischen Genossenschaften beschloß die Gründung eines Genossenschafts-Verbandes und Erlassung einer Petition an den Reichsrath für das Prinzip der obligatorischen Solidarhaftung. In das Comité wurden gewählt: Baron Walterstirchen, Dr. Tauschinsky, Paierhuber und Gabriel Liebwien.

— (Tod durch Blitz.) Am 17. d. um 4 Uhr nachmittags erschlug der Blitz drei Dienstmägde, welche, als sie auf einem in der Gemeinde Hufi Phota (Bezirk Jungbunzlau in Böhmen), gelegenen Felde vom Gewitter überrascht wurden, sich auf einem Feldraine knapp aneinander gesetzt und zum Schutze gegen den Regen mit Säcken zugebedt hatten. Eine vierte Frau, welche zwischen ihnen saß, wurde vom Blitzstrahle versengt und betäubt, ist aber so schwer verletzt, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird.

— (Das Wagner-Konzert) fiel am 22. in Bayreuth äußerst glänzend aus; am Dirigentenpult waren Vorbeerkranze, darunter einer vom wiener Wagner-Verein, angebracht. Der Applaus war ein enormer.

— (Der zehnte deutsche Juristentag) wird in Frankfurt im August d. J. abgehalten werden.

— (Ueberschwemmung in Brasilien.) Durch starke Regengüsse sind große Ueberschwemmungen und Erdschürze vorgekommen; aus den nördlichen Provinzen meldet man, daß auf der Insel Marajo an der Mündung des Amazonenstromes 90.000 Stück Hornvieh fortgeschwemmt wurden, ferner, daß Pernambuco und andere Orte erheblich gelitten haben.

Lokales.

— (Messe.) Bei der morgen um 11 Uhr vormittags in der St. Jakobskirche stattfindenden Messe des Handelskrankenvereines werden von der philharmonischen Gesellschaft zur Aufführung gebracht werden: Tantum ergo, zweistimmig mit Orgel von Zwitter, Kyrie für Männerstimmen mit Orgel von Menager, Universi, qui te expectant, Chor mit Violinsolo von Rante, Benedictus für Männerquartett von Nedwed, Jesu, dulcis memoria für Männerstimmen von Rothe.

— (Humane Gabe.) Herr k. k. Bezirkshauptmann Klancic in Stein hat dem k. k. Aushilfs-Beamten Kranken- und Unterstützungsvereine den Betrag von 10 fl. gespendet.

— (In Verlust gerieten:) 1 goldene Broche mit Bergkugeln, Werth 10—15 fl.; auf dem Weg vom Kasino bis Kolesia 1 goldenes Kreuz mit blauem Band; von Rosenbach bis in die Stadt 1 silbernes Medaillon. Die aufgefundenen Sachen wollen beim hiesigen Magistrat deponirt werden.

— (Funde.) 1 rothe Zigarrentasche, 1 goldenes schwarz emailirtes Medaillon und drei Pfandscheine Nr. 24.971 (2 Peintücher), 21.526 (6 Paar Strümpfe), und 21.523 (1 Kittel) sind gefunden worden. Die Verlustträger werden ihre Eigenthumsansprüche beim hiesigen Magistrat geltend zu machen haben.

— (In Leopoldruhe) findet morgen nachmittags ein Konzert der Militärmusikkapelle Graf Hayn statt, welchem eine Tanzunterhaltung folgen wird.

— (Zur Errichtung einer Weinbauschule in Werschn) soll eine Subvention von 5000 fl. bewilligt worden sein.

— (Josef Bernik) aus Baumen wurde wegen Mordmordes vom k. k. Landesgerichte Laibach zum Tode verurtheilt. Ueber die Schlussverhandlung berichten wir in unserer nächsten Nummer.

— (Lokalnachrichten.) 1. Der Greißlerin Ursula Kallie, Stadt 226, wurden durch unbekannten Thäter aus ihrem Zimmer 1 rothe Bettdecke, 1 Unterrock, ein Polster u. s. w. im Geldwerthe von 8 fl. gestohlen. — 2. Vor einigen Tagen wurden drei mit falschen Amtssiegeln (Stampiglien) und falschen Certificaten versehene Individuen von der Sicherheitswache aufgegriffen. — 3. Zwei Irrensinne, die herumvagierten, wurden aufgegriffen und in das Irrenhaus abgegeben. — 4. Dem Alexander Bofa, Müller in Kefa, Pfarre St. Leonhardt, wurden angeblich von einem 20jährigen Burken Stiesel, Winterrock, Luchel, Ohrringe und 5 Silberzwanziger entwendet. — 5. Dem Tischlergesellen Karl Breßam, Kapuziner-Vorstadt Nr. 45, wurde aus versperrtem Zimmer ein Koffer und eine rothe Brieftasche mit dem Inhalte per 18 fl., dann das Sparkassbüchlein 3. 54.285 gestohlen. Die Einlage per 267 fl. 93 kr. wurde bereits vor Entdeckung des Verlustes in betrügerischer Weise erhoben. Des Diebstahls dringend verdächtig ist ein sicherer, bereits vom Kreisgerichte Cilli fleckbrieflich verfolgter Verbrecher Namens Franz Kovcar aus Samobor. — 6. Martin Pirz aus Iggsdorf wurde wegen Wachbeileidigung beanstandet. — 7. Der Knappe Matthäus Peize aus Subonce, Bezirk Littai, wurde wegen egressiven Benehmens und bedenklichen Besitzes mehrerer Sachen von der Sicherheitswache angehalten. — 8. Der Helena Kalcuc, Magd in der Stadt Nr. 252, wurde aus einer versperrten Kammer ein Betrag von 20 Gulden gestohlen. Als dringend verdächtig wird der Schusterlehrling Franz Cerne bezeichnet. — 9. Mathäus Bdrzba aus Brunnendorf hat der Maria Platter von dort 13 Getreidesäcke, Hirse, Gerste, Weizen u. s. w. gestohlen. — 10. Dem Holzhändler Lukas Kanj wurde eine Fuhr Holzplanken gestohlen. — 11. Im Gasthause des Baril Cerne wurde von zwei Männern die Gartenthür ausgehoben, letztere auf die Bahn geschleudert und die

Paterne zertrümmert. Die Thätere wurden aufgegriffen und der kompetenten Behörde übergeben. — 12. Dem Bahnwächter E. Bernoth am Bahnhofe zu Salloch wurde ein grauer Rock im Werthe von 12 fl. von unbekannten Thätern gestohlen. — 13. Der Lehrling Josef Birnaty hat dem Schuhmacher Johann Corman, Kapuziner-Vorstadt Nr. 70, zwei Paar Stiefel im Werthe von 7 fl. veruntreuet und ist sodann flüchtig geworden. — Der Schlossermeister L. und seine Gattin sind von Excedenten körperlich misshandelt worden. — 15. Die städtische Sicherheitswache hat im Verlaufe der zuletzt abgelaufenen 14 Tage 2 Individuen wegen Bettel, 4 wegen Diebstahl, 11 wegen nächtlichem herumvagiren, 1 wegen Trunkenheit, 3 wegen Reversion, 13 wegen arbeitslosem herumvagiren und 1 wegen Exceß beanstandet. — 16. Wegen Uebertretung der Sperrstunde wurden 5 Personen mit Geldstrafen belegt. — In den Fällen P. Nr. 1, 4, 5, 8, 10, 12, 13 wurde die Ausforschung, in den Fällen P. Nr. 2, 6, 7, 9, 11, 14, die strafgerichtliche Untersuchung der Thäter von Seite der städt. Sicherheitsbehörde eingeleitet.

— (Der hiesigen Feuerwehr zur Nachricht.) Der internationale Feuerwehr-Kongress hat bei seiner am 20. d. in Wien abgehaltenen Hauptversammlung folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Es sei mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß das Löschwesen bei der Weltausstellung in Wien in seiner Gesamtheit als additionelle Ausstellung zur Anschauung komme. 2. Es sei während der wiener Weltausstellung ein internationaler Feuerwehr-Kongress nach Wien einzuberufen. 3. Zur Durchführung aller diesfalls nöthigen Schritte wird ein großer Ausschuss gewählt. 4. Diesem Ausschusse werden folgende Aufgaben übertragen: a) Absendung einer Deputation an den General-Direktor der Weltausstellung, Baron Schwarz; b) Einberufung des Feuerwehr-Kongresses; c) Zusammenstellung der Tagesordnung für denselben; d) Abfassung einer Eingabe an die Weltausstellungs-Kommission, daß bei Ernennung der Preis-Jury für die Löschgeräte auch die Feuerwehrmänner berücksichtigt werden; e) Zusammenstellung eines Leitfadens zur Besichtigung der Löschvorrichtungen auf der Weltausstellung; f) Wahl eines Spezial-Comitês aus seiner Mitte, welches die Frage über die Stellung der Feuerwehren zum Staate und zu den Assekuranzgesellschaften in Erwägung zu ziehen hat; g) endlich hat er zu veranlassen, daß die Löschvorrichtungen aller großen Städte und speziell die Benützung ihrer Wasserleitungen zu Feuerlöschzwecken bei der Weltausstellung in geeigneter Weise zur Anschauung kommen. 5. Es seien sämmtliche Verbände zu ersuchen, sich an die Landes-Kommissionen zu wenden, um auch von dieser Seite die Erlangung einer internationalen Collectiv-Ausstellung anzustreben. 6. Der Kongress ist abzuhalten, auch wenn die Collectiv-Ausstellung nicht zustande kommt.

— (Hiesigen Beamtenkreisen) theilen wir mit, daß der durch die Wahlen der letzten General-Versammlung ergänzte Verwaltungsrath des allgemeinen österr. ung. Beamtenvereines am 21. d. M. die konstituierende Sitzung abgehalten und hierbei den Herren E. F. Zellmann Ritter v. Norwill, General-Sekretär der a. priv. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn a. D., mit Stimmeneinhelligkeit zum Präsidenten, dann den k. k. Hof- und Ministerialrath Herrn Franz v. Schmidt-Baberow zum ersten und den Herrn Wenzel de Laglio, General-Inspector der Staatseisenbahn-Gesellschaft, zum zweiten Vize-Präsidenten wieder gewählt hat.

— (Zum Gefängniswesen.) Der „Grazzer Tagespost" wird aus Wien geschrieben: „Das k. k. Justizministerium hat bewilligt, daß zur Hebung des Arbeitsbetriebes in den gerichtlichen Gefängnissen jenen Angestellten der Gerichte, welche sich durch ihre Mühewaltung um die Beschäftigung der Strafgefangenen und die Erzielung eines Ertragnisses besonders verdient gemacht haben, aus dem durch den Arbeitsbetrieb für das Aerar erzielten reinen Jahresertrage angemessene Remunerationen bewilligt werden können, welche jedoch 10 Prozent dieses Ertrages nicht übersteigen dürfen und unter die betreffenden Functionäre nach Verdienst und Würdigung zu vertheilen sind."

Original-Korrespondenz.

— s - Von der unteren Save. Wie rührig es in unserem Nachbarlande Steiermark zugeht, welche rege Theilnahme in allen Schichten der Bevölkerung geweckt wurde, wo es gilt die geistigen und materiellen Interessen des Landes zu fördern, davon geben das beste Zeugnis die vielen dort theils neu errichteten, theils zeitgemäß reorganisirten Schulen und Lehranstalten, sowie die Organisation verschiedener gemeinnütziger Vereine.

So hat Dr. Julius Mülle, Notar in Marburg und Besitzer des Gutes Rauth, dessen Verdiensten um die Weinkultur Steiermarks in jüngster Zeit durch die Verleihung des Franz-Josefs-Ordens die verdiente Anerkennung geworden ist, am 20. d. M. in der Stadt Rann die Weinproduzenten der dortigen Umgebung zu einer Besprechung eingeladen. Das Resultat dieser Versammlung, zu der sich gegen dreißig der ersten Weingartenbesitzer eingefunden hatten, war die Gründung eines Weinbauvereines für das Save- und Soila-Thal. Es ist dies bereits der fünfte Weinbauverein in Steiermark, welcher durch die erfolgreiche Bemühung des Dr. Mülle zustande gekommen ist.

Der Zweck dieses Vereines ist die Hebung des Weinbaues im Weingebiete des südöstlichen Gesenkes der Steiermark von Videm an der Save bis zur Soila an der kroatischen Grenze; jenes Weingebietes, welches die gesun-

A. Allgemeine Staatsanleihen.			Wiener Communalanleihen, rück. Geld Waare			B. Actien von Bankinstituten.			C. Pfandbriefe (für 100 fl.)			D. Privatscheine (per Stück).					
für 100 fl.			zahlbar 5 pCt. für 100 fl.			rück. Geld Waare			Geld Waare			Geld Waare					
Einheitsliche Staatsanleihe zu 5 pCt.:						Anglo-Österr. Bank						Franz-Josephs-Bahn					
in Noten verzinst. Mai-November			64 75 64 85			Bankverein			305.— 307.—			Lemberg-Gal. u. Zaffher-Bahn					
" " Februar-August			64 75 64 85			Boden-Creditanstalt			275.— 280.—			Klod. Österr.					
" Silber " Zänner-Juli			72 15 72 25			Creditanstalt f. Handel u. Gew.			334 10 334.30			Hessl. Nordwestbahn					
" " April-October			72 10 72.20			Creditanstalt, allgem. ungar.			154.50 155.—			Rudolfs-Bahn					
Lose v. J. 1839			327.— 329.—			Depositenbank			100.— 101.—			Siebenbürger Bahn					
" " 1854 (4 1/2%) zu 250 fl.			94 75 95 75			Escompte-Gesellschaft, u. d.			995.— 1000.—			Staatsbahn					
" " 1860 zu 500 fl.			104.— 104.50			Franco-Österr. Bank			138.— 139.—			Südbahn					
" " 1860 zu 100 fl.			124.50 125.50			Handelsbank			219 25 219.75			Südb.-nordb. Verbind. Bahn					
" " 1864 zu 100 fl.			146 75 147.—			Nationalbank			833.— 835.—			Theiß-Bahn					
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. 3. B. in Silber			118 25 118.50			Unionbank			277.75 277.—			Ungarische Nordostbahn					
E. Grundentlastungs-Obligationen.						Vereinsbank			127 50 128.—			Ungarische Ostbahn					
für 100 fl. Geld Waare			zu 5 pCt. 96.— 97.—			Verkehrsbank			200.50 201.—			Krambach					
Böhmen			" 5 " 76.50 77.—			F. Pfandbriefe (für 100 fl.)						Geld Waare					
Galizien			" 5 " 94.50 95.50			N. Actien von Transportunternehmungen.			rück. Geld Waare			Geld Waare					
Nieder-Österreich			" 5 " 94.— 95.—			Alföld-Humaner Bahn			181.— 181.50			Augsburg für 100 fl. rück. B.					
Ober-Österreich			" 5 " 78 75 79.25			Böhm. Westbahn			262.— 263.—			Frankfurt a. M. 100 fl. detto					
Siebenbürgen			" 5 " 91.— 92.—			Carl-Ludwig-Bahn			257.— 257.25			Hamburg, für 100 Mark Banco					
Steiermark			" 5 " 82.— 82.50			Donau-Dampfschiff-Gesellsch.			602.— 605.—			London, für 100 Pfund Sterling					
Ungarn			" 5 " 109 50 109.75			Elisabeth-Westbahn			250.— 250 50			Paris, für 100 Francs					
C. Andere öffentliche Anleihen						Elisabeth-Westbahn (Lin. = Bud-weißer Strasse)			213.— 214.—			Geld Waare					
Donau-Regulirungslose zu 5 pCt.			96.75 97.—			Herdinands-Nordbahn			2315.— 2320.—			Geld Waare					
U. g. Eisenbahnanleihen zu 120 fl.			109 50 109.75			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
d. B. Silber 5% pr. Stück			109 50 109.75			G. Pfandbriefe (für 100 fl.)						Geld Waare					
Ung. Prämienanleihen zu 100 fl.			104 75 105.—			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
d. B. (75 fl. Stückl.) pr. Stück			104 75 105.—			H. Pfandbriefe (für 100 fl.)						Geld Waare					
Einheitsliche Staatsanleihe zu 5 pCt.:			in Noten verzinst. Mai-November			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
" " Februar-August			64 75 64 85			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
" Silber " Zänner-Juli			72 15 72 25			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
" " April-October			72 10 72.20			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
Lose v. J. 1839			327.— 329.—			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
" " 1854 (4 1/2%) zu 250 fl.			94 75 95 75			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
" " 1860 zu 500 fl.			104.— 104.50			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
" " 1860 zu 100 fl.			124.50 125.50			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
" " 1864 zu 100 fl.			146 75 147.—			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. 3. B. in Silber			118 25 118.50			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
E. Grundentlastungs-Obligationen.						Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
für 100 fl. Geld Waare			zu 5 pCt. 96.— 97.—			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
Böhmen			" 5 " 76.50 77.—			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
Galizien			" 5 " 94.50 95.50			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
Nieder-Österreich			" 5 " 94.— 95.—			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
Ober-Österreich			" 5 " 78 75 79.25			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
Siebenbürgen			" 5 " 91.— 92.—			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
Steiermark			" 5 " 82.— 82.50			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
Ungarn			" 5 " 109 50 109.75			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
C. Andere öffentliche Anleihen						Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
Donau-Regulirungslose zu 5 pCt.			96.75 97.—			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
U. g. Eisenbahnanleihen zu 120 fl.			109 50 109.75			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
d. B. Silber 5% pr. Stück			109 50 109.75			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
Ung. Prämienanleihen zu 100 fl.			104 75 105.—			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					
d. B. (75 fl. Stückl.) pr. Stück			104 75 105.—			Königsbrunn-Österr. Nordbahn			187 50 188.—			Geld Waare					